

## **SPÖ-Kritik: Grüne ignorieren Budgetdesaster und Klimaschutz-Chancen!**

Julia Herr kritisiert die Grünen für Budgetfehler und plant SPÖ-Investitionen in Klimaschutz und soziale Entlastung ab 2026.



**Baku, Aserbaidshan** - Die österreichische Politlandschaft steht unter Druck, während die SPÖ eine scharfe Kritik an der Regierung, insbesondere an den Grünen, übt. Julia Herr, die erste SPÖ-Klubvorsitzenden-Stellvertreterin und Umweltsprecherin, bezeichnet das kürzlich präsentierte Budget als ein „Budgetdesaster“. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, die Grünen würden fundamentale Fehler der letzten fünf Jahre nicht anerkennen. Während dieser Zeit habe die Vorgängerregierung während der Corona-Pandemie mehr als doppelt so viele Unternehmensförderungen ausgezahlt wie Deutschland, wodurch bedeutende Mittel für Klimainvestitionen, wie den

Semmering-Basistunnel, fehlen würden. Die Unternehmenssteuern seien gesenkt worden, obwohl viele Konzerne hohe Übergewinne erzielt hätten.

Österreich befindet sich in einer wirtschaftlichen Krise, die bereits seit drei Jahren anhält, geprägt von hoher Inflation und steigender Arbeitslosigkeit. Dennoch gibt es erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung. Um dieser entgegenzuwirken, plant die SPÖ gezielte Investitionen in Beschäftigung. Herr betont, dass trotz des Budgetlochs der Klimaschutz nicht vernachlässigt werde. Hierzu gehören Investitionen in einen Heizkesseltauschprogramm, das ab 2026 mit 1,8 Milliarden Euro gefördert werden soll. Zudem soll ein „Klimacheck“ eingeführt werden, um die Klimawirksamkeit aller neuen Gesetze und Verordnungen zu überprüfen.

## **Finanzierung und Zukunftsperspektiven**

Die Herausforderungen im Bereich Klimaschutz sind nicht auf Österreich beschränkt, sondern betreffen auch andere Länder, insbesondere Deutschland. In Deutschland wird Klimaschutz zusehends zu einer finanziellen Großbaustelle, insbesondere wegen unklarer Finanzierungsansätze für die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, wie Stromleitungen und modernes Schienennetz. Schätzungen zufolge sind bis 2035 Investitionen von mindestens 600 Milliarden Euro erforderlich, was einem jährlichen Bedarf von 60 Milliarden Euro entspricht. Einige Institute schätzen den Bedarf sogar auf rund 100 Milliarden Euro jährlich.

In Österreich soll die Bundesregierung an überfälligen Gesetzen, einschließlich eines Klimagesetzes und eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes, arbeiten. Gleichzeitig plant die SPÖ Maßnahmen wie eine Bankenabgabe sowie erhöhte Stiftungssteuern, um die finanziellen Mittel zu sichern. Herr hebt zudem hervor, dass unter der Führung von Kanzler Kickl Pensionskürzungen und Steuergeschenke für Konzerne verhindert werden, während gleichzeitig soziale Entlastungen,

wie ein Mietpreis-Stopp, eingeführt werden.

## Internationaler Kontext und Klimapolitik

Der internationale Kontext wird durch Ereignisse wie die bevorstehende UN-Weltklimakonferenz (COP29) verdeutlicht, die vom 11. bis 24. November in Baku, Aserbaidschan, stattfinden wird. Dabei wird das Hauptthema die Klimaschutzfinanzierung sein. Deutschland plant, mit einer ressortübergreifenden Delegation unter dem Motto „Transformation für 1,5 Grad beschleunigen“ an der Konferenz teilzunehmen. Industrieländer haben sich verpflichtet, von 2020 bis 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für den Klimaschutz bereitzustellen, was als unzureichend angesehen wird, angesichts des milliardenschweren Finanzierungsbedarfs für die weltweite Transformation.

Die Diskussionen über Klimaschutz und Investitionen unterstreichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen und globalen Strategie. Ohne ausreichende Mittel und gezielte Politik könnte es schwierig werden, das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und gleichzeitig wirtschaftliche Stabilität zu gewährleisten. In diesem Sinne betont die SPÖ die dringende Notwendigkeit, Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung nicht als getrennte Herausforderungen zu betrachten, sondern als miteinander verbundene Bereiche, die koordiniert angegangen werden müssen.

| Details        |  |
|----------------|--|
| <b>Vorfall</b> | Gesetzgebung   |
| <b>Ort</b>     | Baku, Aserbaidschan  |
| <b>Quellen</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.vci.de">www.vci.de</a></li></ul> |

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**